

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 131. Ratssitzung vom 27. Juni 2012

2880. 2010/98

Postulat von Dr. Davy Graf (SP) und Dr. Claudia Nielsen (SP) vom 10.02.2010: Offenes WLAN auf Stadtgebiet

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung und gibt die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung bekannt sowie die Übertragung der Zuständigkeit an das Finanzdepartement gemäss Stadtratsbeschluss vom 27. Juni 2012.

STR Andres Türler: *Es gibt viele Gründe, die dagegen sprechen. Das ewz hat kein Geld übrig für ein solches Projekt, im Leistungsauftrag für das Glasfasernetz ist es nicht enthalten und aus dem Strompreis können wir es nicht quersubventionieren. Zudem war das Pilot-WLAN-Netz am Limmatquai ein Flop. Doch weil wir uns in dieser Legislaturperiode die Vision eZürich als Ziel gesetzt haben und darin ein Artikel fordert, dass WLAN geprüft wird, nehmen wir das Geschäft entgegen und überweisen es zur Prüfung an das Finanzdepartement.*

Mauro Tuena (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Dr. Davy Graf (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 5571/2010): *Die Idee zum flächendeckenden WLAN ist im Wahlkampf 2010 entstanden. Es soll ein Angebot erstellt werden, das erlaubt Mails zu lesen und ein wenig im Internet zu surfen. An WLAN-Netzen in Zürich fehlt es nicht, aber die meisten sind verschlüsselt. Ein grösseres Angebot bedeutet deshalb nicht automatisch auch mehr Zugang zum Internet. Doppelte Infrastrukturen sind unnötig, ein staatlicher Player sollte das Angebot koordinieren, zumal ein öffentliches Netz die Strahlenmenge nicht erhöhen, sondern sie reduzieren würde.*

Mauro Tuena (SVP) begründet namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag: *Diverse Tageszeitungen titelten dieser Tage, dass das öffentliche WLAN gratis sei. Kostenlos ist es aber keinesfalls. Um so vielen Leuten WLAN zur Verfügung zu stellen, ist eine hohe Bandbreite von Nöten, damit das Netz nicht zusammenbricht. Hinzu kommt: Wenn sich jeder ohne Schlüssel einloggen kann, trägt die Kosten sicher nicht die Person, die surft. Nur noch ein Netz anbieten zu wollen heisst gleichzeitig, den Privaten zu verbieten, ihre Netze weiter zu betreiben. Das ist sozialistisch. Zur Kernaufgabe eines Gemeindewesens gehört es nicht, für die StadtbürgerInnen, TouristInnen und sonstige*

Leute, die surfen wollen, ein WLAN-Netz zur Verfügung zu stellen. Dies sollen Private machen. Mich würde zudem interessieren, warum der Testbetrieb am Limmatquai wieder eingestellt wurde? Haben die Leute ihn nicht genutzt? Wussten sie gar nicht, dass es ihn gibt? Oder wurde das Angebot durch Private schon abgedeckt?

Marc Bourgeois (FDP): *Die Idee hat einen guten Kern. Wir haben heute sehr viele unterschiedliche Netze. Für die Standortqualität von Zürich wäre ein flächendeckendes WLAN von Vorteil und schön für die Stadt, wenn es gratis installiert werden könnte. Doch es ist leider weder in der Erstellung noch im Unterhalt billig. Deshalb ist das Postulat eine Rohform. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Stadt das Risiko eingehen will, einen zweistelligen Millionenbetrag zu investieren, wenn genauso gut Private das Angebot abdecken können. Zumal man nicht abschätzen kann, wie die Entwicklung von G-Netzen im Mobilbereich aussehen wird. Die Koordination der vielen verschiedenen Netze ist nicht trivial und die Strahlenstärke darf auch nur so stark sein, dass sie nicht in Gebäude dringt und das Glasfasernetz gefährdet. Wir stellen deshalb einen Textänderungsantrag.*

Weitere Wortmeldungen:

Martin Luchsinger (GLP): *Bei einem Glasfasernetz, dass die Stadt zur Verfügung stellt, sehe ich den wirtschaftlichen Nutzen, bei einem offenen WLAN-Netz nicht. Vor allem, wenn es schon eine vorhandene Infrastruktur gibt. Grundsätzlich sollte man private AnbieterInnen, die ein solches Netz gewinnbringend installieren möchten, nicht daran hindern. Doch irgendwann können die WLAN-Netze nicht mehr durchgängig genutzt werden, weil der technische Fortschritt in diesem Bereich so rasant ist. Wir sind für die Textänderung.*

Christian Traber (CVP): *Auch wir würden dem ursprünglichen Postulat nicht zustimmen. Grundsätzlich sollte man prüfen, wie ein offenes Wireless-Netz in der Stadt umgesetzt werden kann. Es ist aber keine staatliche Aufgabe, diese Idee auch zu realisieren und das Netz zu betreiben.*

Dr. Martin Mächler (EVP): *Das Beispiel in der Stadt Bern zeigt, dass das Anliegen eines offenen WLAN wirklich erwünscht und angebracht ist, auch bei uns. Wenn es Private machen können, sollen sie es machen.*

Mauro Tuena (SVP): *Die Textänderung ist nicht eindeutig genug. Wenn möglich sollen Private die Idee umsetzen. Diese Formulierung läuft immer noch auf eine staatliche Lösung hinaus. Für uns geht das zu wenig weit, weshalb wir Postulat wie Textänderung ablehnen.*

Dr. Davy Graf (SP) *ist mit der Textänderung einverstanden: Wenn es gratis für die Bevölkerung ist und gratis für die Stadt, dann wenn möglich. Wenn nicht, dann wenn nötig.*

3 / 3

STR Andres Türler: *Als Antwort an Mauro Tuena (SVP): Eine private Firma hat das WLAN am Limmatquai zur Verfügung gestellt, entgegen der Erwartungen nahmen die NutzerInnen ab.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein öffentliches, offenes WLAN auf Stadtgebiet realisiert werden kann und dabei ~~im Sinne des Service public~~ ein diskriminierungsfreier Informationszugang gewährleistet wird.

~~In einem Bericht~~ Dabei sollen die Optionen eines flächendeckenden Angebots, wie auch einer teilweisen Abdeckung an ausgewählten Plätzen, Strassenzügen, Freizeitanlagen etc. mit hoher Frequentierung analysiert werden. ~~Insbesondere soll auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit und Vernetzung mit bestehenden Hotspots auf städtischem Gebiet miteinbezogen werden — die Stadt könnte eine koordinierende Aufgabe übernehmen und auftretende Netzlücken schliessen. Es soll weiter aufgezeigt werden, welche Schlüsse aus dem Pilotprojekt am Limmatquai gezogen werden. Eine allfällige Umsetzung und Finanzierung soll dabei wenn möglich mittels Konzessionierung eines oder mehrerer geografisch nicht überschneidender privater Anbieter erfolgen. Dabei soll auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit und Vernetzung mit bestehenden Hotspots auf städtischem Gebiet geprüft werden.~~

Das geänderte Postulat wird mit 96 gegen 22 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat